

Betrifft: Presseerklärung zum UNK vom 13.02.2020

Pinneberg, den 16.02.2020

An
Die Redaktion des
Pinneberger Tageblatts

Die letzte Sitzung des UNK am 13.2.2020 wurde auf beispiellose Weise von der CDU torpediert: diese beantragte, 9 der 10 Anträge von der Tagesordnung zu nehmen. Nur drei Anträge der Grünen und Unabhängigen konnten schließlich mit Hilfe der SPD, der FDP und der Bürgernahen inhaltlich diskutiert werden.

Die CDU lehnte es z.B. ab, über eine Baumschutzsatzung zu sprechen – ein Thema, das viele Bürger umtreibt und das der Seniorenbeirat deshalb wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat. Sie lehnte darüber hinaus auch ab, über eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Straßenbäumen überhaupt nur nachzudenken. Das ist besonders kläglich vor dem Hintergrund, dass mit CDU-Mehrheiten in den letzten Jahren Bebauungspläne durchgesetzt wurden, für die viele Bäume, ja ganze Wälder beseitigt wurden (z.B. „Düpenau-Eck“ Halstenbeker Str., Schulenhörn).

Aber es ging nicht nur um Bäume. Auch anderen Umweltthemen verweigerte sich die CDU-Fraktion: Ihr ist es offensichtlich egal, wie das Überleben von Amphibien in Pinneberger Feuchtgebieten gesichert, Feuchtbiotope auf den Banswiesen erhalten, invasive Pflanzen bekämpft, Uferabschnitte an der Mühlenau gesichert oder städtische Schottergärten in einen lebensfreundlicheren Zustand versetzt werden können – sie lehnte es rundheraus ab, sich mit aktuellen Umweltthemen zu befassen.

Offensichtlich hat die CDU Pinnebergs keine eigenen umweltpolitischen Konzepte und versucht nun, eine sachorientierte Arbeit an Pinneberger Natur- und Umweltproblemen abzuwürgen, um das eigene Unvermögen zu kaschieren. Beobachter in der Ausschusssitzung fragten sich: Wieso gibt es einen Umweltausschuss, wenn hier keine Anträge verhandelt werden? Und wieso darf die CDU 5 der 13 Ausschussmitglieder stellen, wenn sie nicht mitarbeitet?

Nein, diese Sitzung war eine echte Gruselstunde in Sachen fairen demokratischen Umgangs unter den Fraktionen. Die von der CDU betriebene Verweigerung einer Diskussion über die Tagesordnungspunkte und die durch diese angesprochenen Themen ist das exakte Gegenteil einer lebendigen Debattenkultur und führt das Grundprinzip eines Unterausschusses (und des Ausschusswesens an sich!) ad absurdum. Demokratie lebt vom Austausch der Argumente, und insbesondere in den Ausschüssen sollten lösungsorientierte Debatten möglich sein. Das dürfen die Bürger unserer Stadt erwarten!

Wilhelm Flade-Krabbe Manfred Stache Angela Klecz Markus Schlichter
Fraktion Grüne & Unabhängige